

Im Blickpunkt Nach der Landtagswahl

Das fordern die Unternehmen

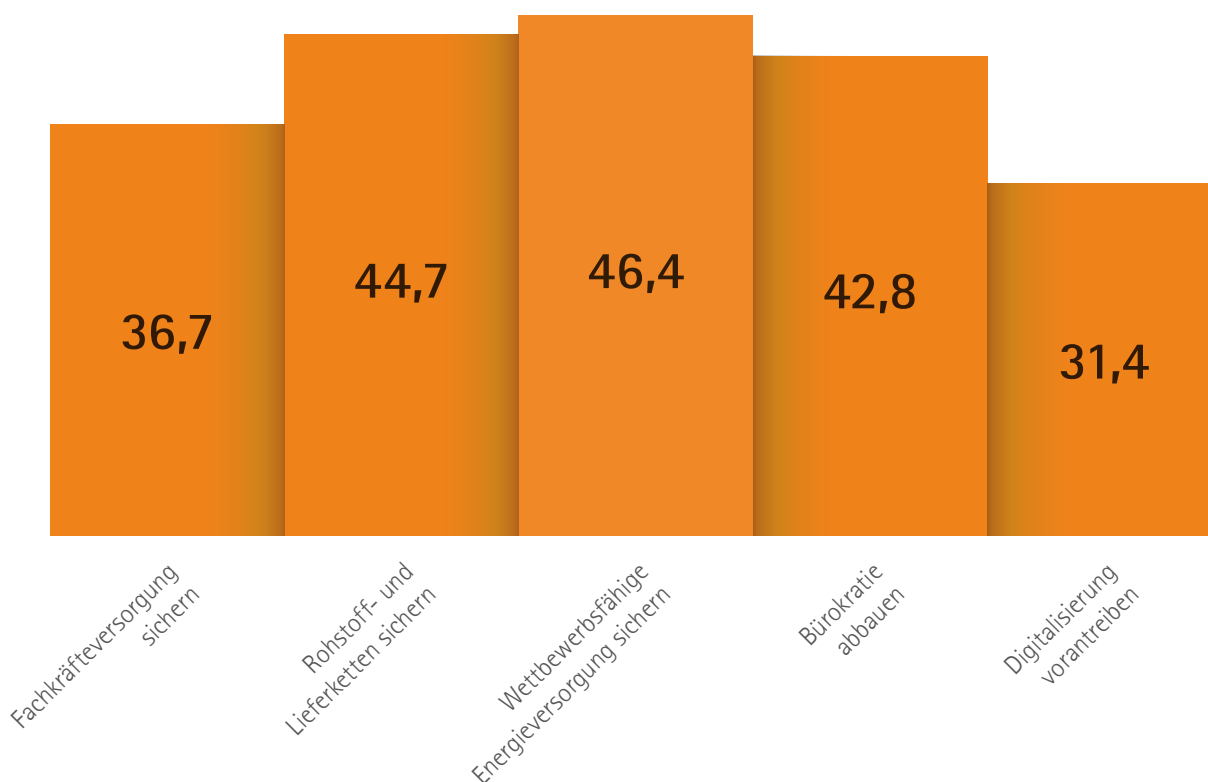


Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Einleitung

Nach der Landtagswahl beginnt nun eine neue Legislaturperiode. Mit dieser Kurzanalyse möchten wir die wichtigsten wirtschaftspolitischen Themenfelder skizzieren, die den Mitgliedsunternehmen auf den Nägeln brennen.

TOP-Handlungsfelder für die Landesregierung*



Das Ergebnis zeigt: Top-Themen für die Betriebe sind zurzeit die Sicherung einer wettbewerbsfähigen Energieversorgung bzw. der Schutz von Lieferketten sowie der Rohstoffversorgung, die Fortführung des Bürokratieabbaus, das Vorantreiben der Digitalisierung und die Sicherung des Fachkräftemangels.

Nordrhein-Westfalen ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Verschiedene Entwicklungen haben die Wirtschaft in den vergangenen Jahren vor große Herausforderungen gestellt. Dennoch sind das Wachstum und die Steuerkraft weiter durchschnittlich. Die Arbeitslosigkeit ist hingegen hoch. Deswegen müssen in der kommenden Wahlperiode weitere Weichen gestellt werden, um die wirtschaftliche Zukunft unseres Bundeslandes zu sichern. Die IHK-Vollversammlung hat entsprechende Positionen beschlossen.

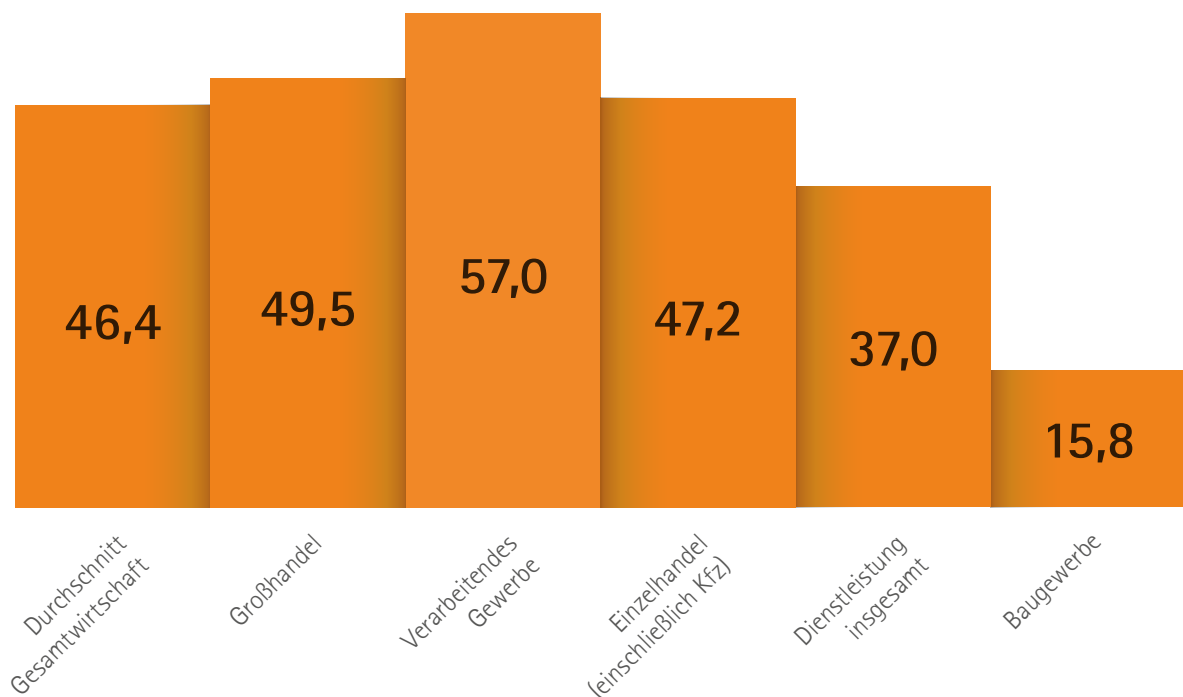
* Anteil der Unternehmen auf die Frage „Wo sehen Sie mit Blick auf den Wirtschaftsstandort NRW den größten Handlungsbedarf für die künftige Landesregierung?“ – Abfrage von zwölf Politikfeldern – max. drei Auswahlmöglichkeiten konnten angekreuzt werden.

Forderung Nr. 1:

Energie- und Rohstoffversorgung sichern

Das Thema der zukünftigen Energieversorgungssicherheit ist seit Jahren bei den Betrieben in der Region virulent. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat dieses Problem noch einmal deutlich gesteigert. Die explosionsartig gestiegenen Energiepreise sind für die Betriebe am Mittleren Niederrhein eine große Belastung und das bedeutendste Geschäftsrisiko. Insbesondere die Industrie sieht daher in der Energiepolitik ein wesentliches Handlungsfeld der kommenden Landesregierung. Gleiches gilt für die Sicherung der Rohstoff- und Lieferketten.

Handlungsfeld Energiepolitik*



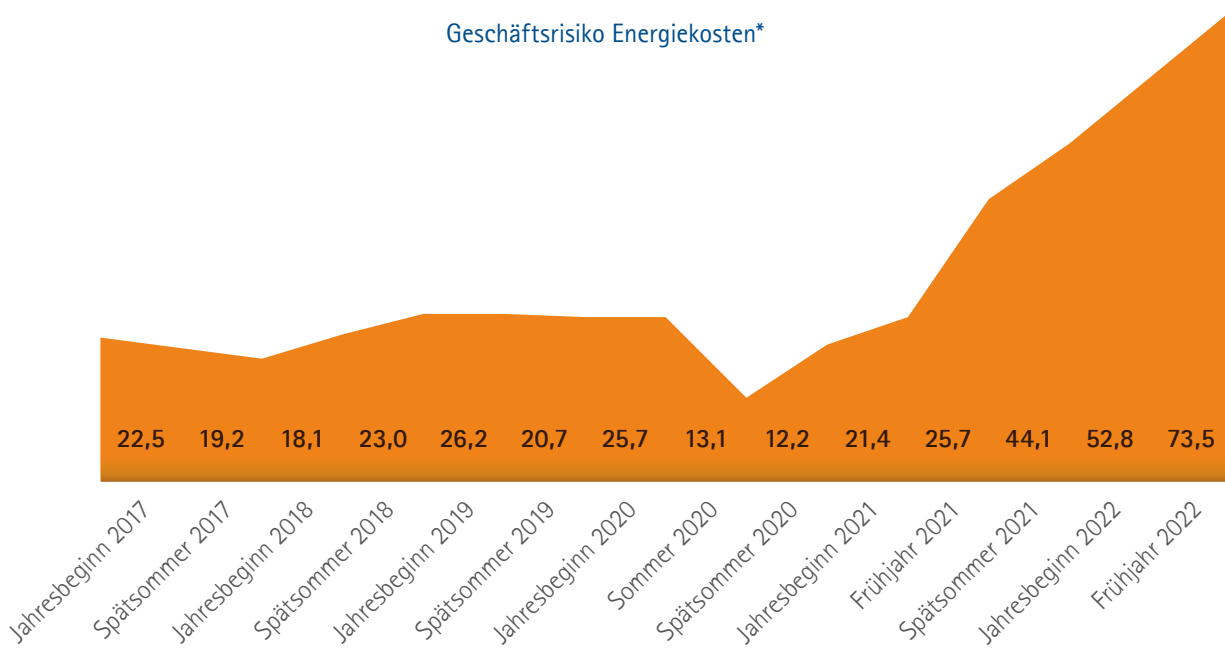
* Anteil der Unternehmen, die in der Energiepolitik ein wesentliches Handlungsfeld der zukünftigen Landesregierung sehen – nach Branchen.

Ein verschärfter Gasmangel würde die Industrie in NRW hart treffen. Die Energieversorgung in Deutschland muss rund um die Uhr zu wettbewerbsfähigen Preisen gewährleistet sein. Langfristig ist es richtig, die strategischen Entscheidungen über Ausstiegs- und Einstiegs-pfaden und Energiebezugsquellen auf den Prüfstand zu stellen und gleichzeitig die Verfahren zum Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze zu beschleunigen.

Unsere Positionen:

- Am gesetzlich fixierten Ausstiegsziel der braunkohlebasierten Stromerzeugung im Rheinischen Revier bis 2038 sollte festgehalten werden. Ein Vorziehen des Ausstiegs auf das Jahr 2030 erscheint unrealistisch.
- Es muss geprüft werden, welche Braunkohlekraftwerke durch Verlagerung in der Sicherheitsbereitschaft oder durch Anpassung des Stilllegungspfads aus dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) einen Beitrag zur Gewährleistung einer sicheren Stromversorgung leisten können.
- Der Ausbau der Erneuerbaren-Energien-Anlagen muss deutlich forciert werden.
- Durch Engpässe beim Erdgas entsteht die Notwendigkeit eines nochmal beschleunigten Aufbaus von wasserstoffbasierten Kraftwerkskapazitäten.
- Energieintensive Unternehmen müssen schnell finanziell entlastet werden.
- Die IHKs im Rheinland unterstützen das Ziel, das Rheinische Revier zu einer der attraktivsten Wirtschaftsregionen Europas zu entwickeln. Die Transformation der Braunkohleregion zu einer modernen klimaneutralen Energie- und Industrieregion kann allerdings nur gelingen, wenn neben Strukturfördermitteln vor allem erhebliche private Investitionen in die Region fließen. Die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen (z.B. niedrige Steuer- und Abgabenbelastung, schnelle Genehmigungsverfahren, attraktive Infrastrukturangebote, verfügbare Flächen) sind vom Land verlässlich zu schaffen.

Geschäftsrisiko Energiekosten*



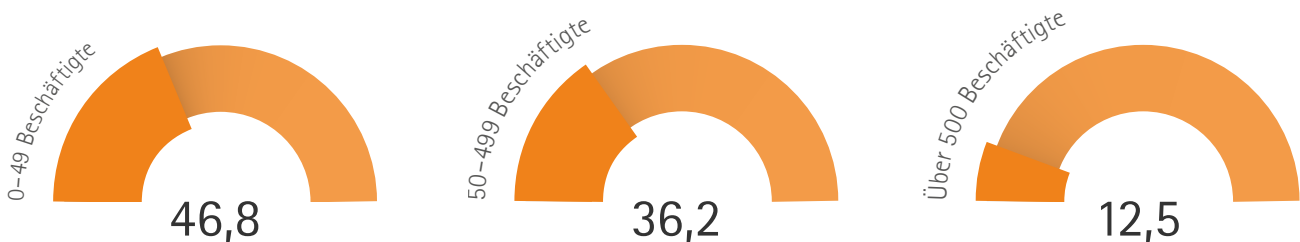
* Anteil der Unternehmen, die in den Energiekosten ein Geschäftsrisiko für die kommenden zwölf Monate sehen – Zeitverlauf: 2017–2022.

Forderung Nr. 2:

Bürokratie abbauen

Insbesondere kleinere und mittelständische Unternehmen sehen in der Bürokratie ein bedeutendes Handlungsfeld für die zukünftige Landesregierung. Für Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern in der Region Mittlerer Niederrhein ist es sogar das Themenfeld Nr. 1 der Legislaturperiode 2022–2027.

Handlungsfeld Bürokratieabbau*



Dabei steht u.a. auch das Planungsrecht im Fokus. Die Prozesse im Planungsrecht sollten überprüft werden. Dabei sollte gelten, dass Vorhabenträgern eine angemessene Umsetzung ihrer Planungen ermöglicht werden soll. Ansatzpunkte könnten eine effizientere Ablauforganisation in der Verwaltung über Bündelung oder eine stärkere Kompetenzzuweisung auf einzelne Prozesseigner sein. Einseitige Bevorzungen stehen einer offenen Dialogkultur im Wege und sollten zurückgenommen werden.

Die aktuelle Landesregierung hat sich im Rahmen der Entfesselungsoffensive mit der Umsetzung der „One In, One Out-Regel“ (OIOU-Regel) verpflichtet, jede neue Belastung an anderer Stelle zu kompensieren. In Bezug auf eigene Vorhaben der Landesregierung (Gesetze, Verordnungen und Erlasse) bedarf es für eine wirksame OIOU-Regelung transparenter Parameter, auf deren Grundlage zielgerichtet eine gleichwertige Kompensation und im besten Fall ein Netto-Bürokratieabbau herbeigeführt werden kann.

* Anteil der Unternehmen, die im Bürokratieabbau ein wesentliches Handlungsfeld der zukünftigen Landesregierung sehen – nach Unternehmensgröße.

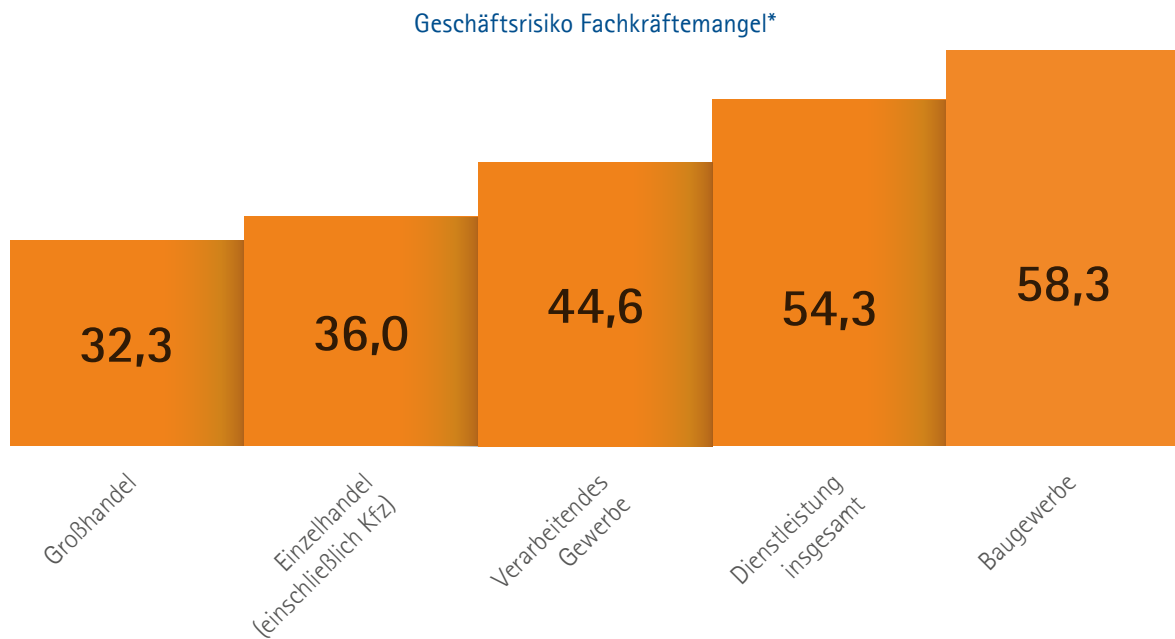
Unsere Positionen:

- Anspruch der kommenden Landesregierung sollte es sein, sich bei eigenen Gesetzen, Verordnungen und Erlassen an der EU- und deutschlandweit einfachsten und unkompliziertesten Lösung zu orientieren. Die 1:1-Umsetzung von EU- und bundesgesetzliche Regelungen sollte zukünftig fest in der Landespraxis verankert werden.
- Planungsverfahren sollten entschlackt und digitalisiert werden. Gleichzeitig müssen Planungskapazitäten geschaffen werden.
- Die Digitalisierung der Verwaltung muss weiter vorangetrieben werden – es werden digitale Fachverfahren für alle Verwaltungsleistungen gefordert.

Forderung Nr. 3:

Fachkräfteversorgung sichern

Der Fachkräftemangel ist nach den stark steigenden Energie- und Rohstoffkosten das größte Geschäftsrisiko der Betriebe im Hinblick auf die Geschäftsentwicklung in den kommenden Monaten. Dies gilt insbesondere für die Bauwirtschaft und die Dienstleistungsbranche. Deswegen sehen die Betriebe die Landesregierung in diesem Punkt ebenfalls stark gefordert.



* Anteil der Unternehmen nach Branchen, die im Fachkräftemangel ein aktuelles Geschäftsrisiko sehen.

Daher gilt es, die duale Ausbildung weiter zu stärken und Unternehmen zusätzliche Wege zur Sicherung ihres Fachkräftebedarfs zu eröffnen. Fachkräftesicherung ist Standortsicherung. Im Jahr 2021 verzeichneten die IHKS wieder mehr Ausbildungsverträge als in 2020 (+1,1 %). Allerdings konnte der Rückgang des vergangenen Jahres (13,5 %) damit nicht wett gemacht werden. Somit werden nun im zweiten Jahr in Folge etwa 9.000 Fachkräfte weniger ausgebildet als üblich. Dieser Corona-Effekt kommt zur Unzeit, denn die Demografie sorgt auf der anderen Seite dafür, dass in den 2020er Jahren immer mehr Fachkräfte den Arbeitsmarkt in Richtung Rente verlassen. Vor allem die Branchen, die besonders unter den coronabedingten Schließungen leiden, haben Schwierigkeiten, Auszubildende zu finden. Die Branchen haben nun ein doppeltes Problem – wirtschaftlich durch die Einschränkungen und strukturell durch die fehlenden Auszubildenden.

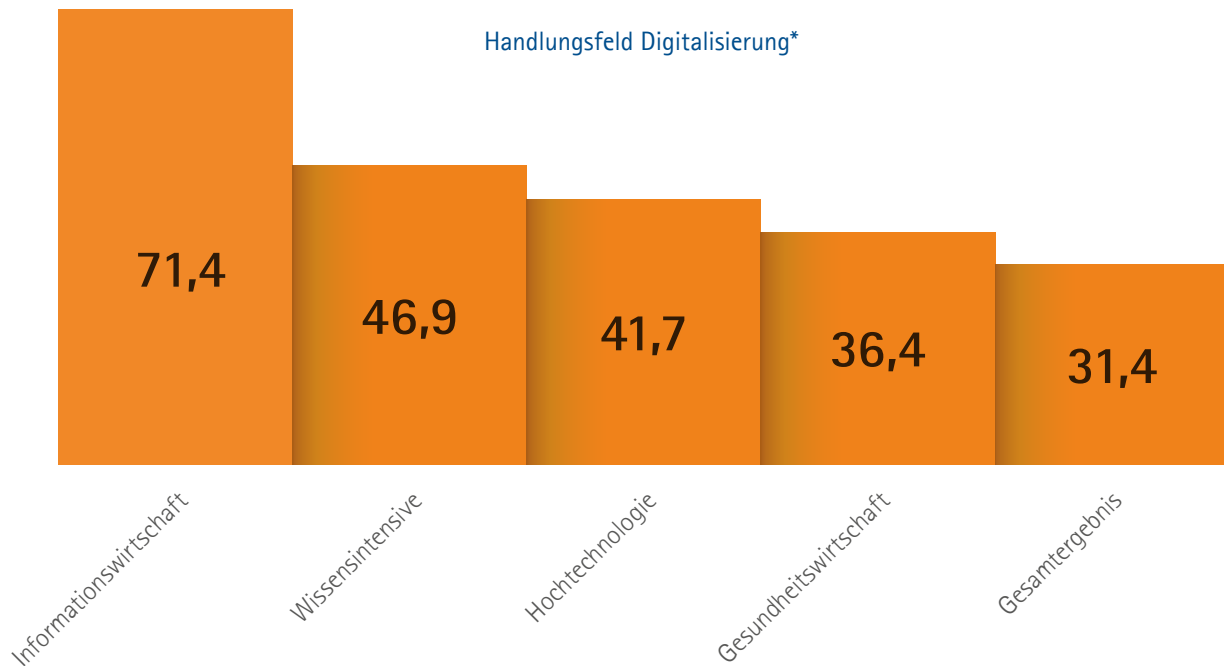
Unsere Positionen:

- Die berufliche Orientierung an Schulen muss gestärkt werden.
- Die duale Ausbildung an Berufskollegs muss priorisiert werden.
- Die Attraktivität der Berufsschulen muss gesteigert werden.
- Zusätzliche Fachkräftressourcen müssen erschlossen werden.

Forderung Nr. 4:

Digitalisierung vorantreiben

Insbesondere Unternehmen aus der Informationswirtschaft, aber auch wissensintensive Dienstleister, die Gesundheitswirtschaft und die Hochtechnologie vom Mittleren Niederrhein sehen im Thema „Digitalisierung“ eine bedeutende Baustelle für die zukünftige Landesregierung. Dies sind alles zukunftsgerichtete Branchen.



Die Corona-Krise hat einen deutlichen Schub für die Akzeptanz digitaler Technologien auch in der Verwaltung gebracht. Das Land sollte die digitalen Kompetenzen in dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium bündeln und ressortübergreifende Synergien sichern. Mit der Weiterentwicklung der NRW-Digitalstrategie sollte ein Digitalisierungsmonitoring der Verwaltung eingerichtet werden.

* Anteil der Unternehmen, die in der Digitalisierung ein wesentliches Handlungsfeld der zukünftigen Landesregierung sehen – hier: spezielle Branchen.

Unsere Positionen:

- Der Ausbau sollte durch einen „Gigabit-Bonus“, eine „Gigabit-Beratung“ und Unterstützung bei den Anschlusskosten bis zum Nutzer – im Unternehmen und im Home-Office – beschleunigt werden. Die Errichtung von Breitbandinfrastrukturen sollte vorangetrieben werden.
- Staat, Wirtschaft und Forschung können gemeinsam eine Strategie zur modernen Ausgestaltung der digitalen Daseinsvorsorge gestalten und durch gemeinschaftlichen Austausch zügig und kostenoptimiert entwickeln.
- Das Cyber Cluster NRW hat seine Arbeit aufgenommen, um KMUs hierbei zu unterstützen. Das Engagement gilt es weiter zu festigen und auszubauen.

Das komplette Positionspapier finden Sie unter:
[mittlerer-niederrhein.ihk.de/28404](https://www.mittlerer-niederrhein.ihk.de/28404)



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein
Nordwall 39 | 47798 Krefeld

Ansprechpersonen & Redaktion:

Gregor Werkle

Leitung Wirtschaftspolitik

☎ 02151 635-353

@ Gregor.Werkle@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Anna Kindsmüller

Referentin Wirtschaftspolitik

☎ 02151 635-352

@ Anna.Kindsmueller@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Gestaltung:

Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein

Sebastian Podziech

Nordwall 39 | 47798 Krefeld

☎ 02151 635-354

@ sebastian.podziech@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Bildnachweise:

Titel: EAKEAK – stock.adobe.com

Stand:

Mai 2022

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.